

Sehr geehrter Herr Dr. Kamp,
sehr geehrter Herr Prof. Wagener,
meine Damen und Herren,

es gibt nicht viele demokratische, hoch entwickelte, friedliche Gemeinwesen in der Welt, deren freie Wahlen Anlass zu einer Expertentagung geben, bei der Kernfrage lautet: *Wird das neue Spannungen erzeugen?* Und wann halten Referenten und Beobachter instinktiv die Luft an, wenn ein solches Gemeinwesen im Gespräch als „Land“ oder „Staat“ bezeichnet wird? Diese Anomalie des politischen Diskurses beleuchtet schlaglichtartig die komplexe Situation Taiwans und die Herausforderungen für die Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Stabilität an der Taiwan-Straße beruhte in den zwei Amtszeiten des Präsidenten Ma Ying-jeou im Grunde auf einem *agreement to disagree*. Das Geheimnis des „1992er Konsens“ bestand nicht zuletzt darin, die eigentlich fundamental unterschiedlichen Definitionen beider Seiten nicht zu hinterfragen und statt dessen pragmatisch Bindungen und Verbindungen auf- und auszubauen.

Präsident Ma hat das häufig und mit guten Gründen mit dem Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten unter den Bedingungen der Entspannungspolitik verglichen: Kein Zwang zur gegenseitigen Anerkennung, aber de facto Akzeptanz der jeweiligen Hoheitsakte der anderen Seite. In der Tat hing ja auch das Funktionieren des innerdeutschen Verhältnisses seinerzeit davon ab, dass der Ausbau der Beziehungen nicht von einem vorherigen Bekenntnis zum Selbstverständnis der jeweils anderen Seite abhängig gemacht wurde. Insofern wäre eine Forderung an die künftige Präsidentin Tsai Ing-wen, sie müsse sich - als Voraussetzung für die Fortsetzung der Détente-Politik - zunächst erst einmal zu einer bestimmten Deutung des Verhältnisses bekennen, in sich widersprüchlich.

Dass die ersten Reaktionen Pekings auf die Wahlen in Taiwan vergleichsweise moderat ausfielen, ist ein gutes Zeichen, sagt aber noch nicht viel darüber aus, was in den kommenden Monaten geschehen wird. Vieles hängt natürlich davon ab, wie sich Frau Tsai positioniert. Sehr zu Recht hat sie aber betont, dass *beide* Seiten Verantwortung tragen für die Stabilität an der Taiwanstraße, an deren Infragestellung niemand auf der Welt ein Interesse haben kann. In diesem Sinne hat Bundesminister Steinmeier in seiner Stellungnahme zu den Wahlen die Erwartung der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht „dass der begonnene Dialog und die Entspannungspolitik in gegenseitigem Einverständnis und ohne Zwang weiter fortgesetzt werden.“

Die demokratischen Freiheiten und Grundrechte der Menschen in Taiwan sind ein hohes Gut; die Offenheit und Liberalität der taiwanischen Gesellschaft sind vorbildlich, nicht nur in Ostasien. An ihrem Erhalt haben wir ein ebenso hohes Interesse, wie an der sicherheitspolitischen Stabilität der Region und an der Weiterentwicklung der sehr guten Beziehungen mit Taiwan im Bereich Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. All das hängt nicht davon ab, ob wir diplomatische Beziehungen unterhalten. Diplomatische Beziehungen *allein* bedeuten nicht viel; man denke nur an den Fall Nord-Korea.

Mit Taiwan verbindet uns eine inoffizielle, aber wertebasierte Partnerschaft. Wenn wir am bewährten Rahmen unserer Politik festhalten und dadurch mit dazu beitragen, die Lebensfähigkeit und Prosperität Taiwans zu erhalten, dient das auch dem Modus vivendi und der Stabilität an der Taiwanstraße.

Aber unser Interesse an Taiwan ist nicht nur durch Wertegemeinschaft und Stabilitätspolitik begründet. Wir haben auch eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten: Exportorientierte Volkswirtschaften, Neuausrichtung der Energiepolitik, Abhängigkeit von Innovation, intensiver Austausch in Wissenschaft und Forschung. Seit einigen Monaten erschließen wir weitere Felder der Zusammenarbeit - vor allem im Bereich Energiepolitik (mit dem Schwerpunkt erneuerbare Energien) und beim Umgang mit dem demographischen Wandel und den Herausforderungen alternder Gesellschaften. Mit kaum einem anderen Partner weltweit haben wir zudem einen so intensiven Austausch im Justizwesen.

In vielerlei Hinsicht ist Taiwan also ein idealer Partner für Deutschland; es verdient größere Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit. Auch deshalb - und über den aktuellen politischen Anlass hinaus - ist es sehr verdienstvoll, dass die Berliner Asien-Gespräche 2016 sich der Situation Taiwans widmen.

Ich wünsche der Tagung einen guten und fruchtbaren Verlauf und allen Teilnehmern einen bereichernden und anregenden Austausch.

Martin Eberts
Generaldirektor des Deutschen Instituts Taipei